

Was die Wahlprogramme der Parteien zum Thema Israel sagen

Im Text **blau hervorgehoben** sind die Worte Israel/israelisch. **Fettdruck** ist von uns zur Betonung einzelner Punkte hinzugefügt. Wir haben nur Parteien ausgewählt, die eine realistische Chance haben, die 5%-Hürde zu knacken. Die Parteien sind nach der Sitzverteilung des noch amtierenden 20. Deutschen Bundestags sortiert.

SPD

Insgesamt 8 Treffer für „Israel“ bzw. „israelisch“, Link zum Wahlprogramm:
<https://mehr.spd.de/custom-static-assets/documents/Regierungsprogramm.pdf>

Auf S. 62 beschreibt die SPD ihre Vision für den Nahen Osten unter der Überschrift „Wir wollen Frieden im Nahen Osten“:

*Wir verurteilen den brutalen Terrorangriff der Hamas auf **Israel** vom 7. Oktober 2023 aufs Schärfste. Es war das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa. **Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind unverhandelbar und deutsche Staatsräson.** Wir fordern die **unverzügliche Freilassung aller noch festgehaltenen Geiseln. Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung.** Gleichzeitig ist es durch das humanitäre Völkerrecht verpflichtet, auf die **Verhältnismäßigkeit seiner Reaktion zu achten** und Zivilisten zu schützen. **Angesichts der hohen zivilen Opferzahlen in Gaza**, darunter mehrheitlich Frauen und Kinder, und des Ausmaßes der Zerstörung der zivilen Infrastruktur **fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand.** Dazu rufen wir alle beteiligten Staaten auf und begrüßen internationale Bemühungen, darauf hinzuwirken. Die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen ist inakzeptabel und muss sofort beendet werden. Hilfskonvois müssen uneingeschränkter Zugang zu den Menschen in Gaza haben. Die Bevölkerung muss mit Medizin und Nahrungsmitteln versorgt werden. Die Eskalationen in der Region zeigen, dass es dringend einen **neuen Anlauf für Fortschritte in der Zweistaatenlösung** braucht. Dazu gehört eine **reformierte Palästinensische Autonomiebehörde**, die auch die **zivile Verwaltung in Gaza übernimmt.** Von Gaza darf keine Gefahr für **Israel** mehr ausgehen.*

*Es muss zu einem **Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus** durch **Israel** in den palästinensischen Gebieten kommen. **Pläne zur Annektierung von Gebieten im Westjordanland** und im **Gaza-Streifen lehnen wir ab.** Unser Ziel bleibt die **friedliche Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten** im Rahmen einer **Verhandlungslösung.** Nur eine politische Perspektive kann die Sicherheit **Israels** dauerhaft sicherstellen. Unsere Solidarität mit **Israel** und die Einhaltung des Völkerrechts sind für uns historische Verpflichtung. Dafür setzt sich die SPD ein. Ebenso müssen die Waffen im Libanon schweigen. Die Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats aus dem Jahr 2006 muss von allen Konfliktparteien befolgt werden.*

*Das Regime im **Iran trägt zu einer weiteren Eskalation der Sicherheitslage im Nahen Osten bei.** Mit seiner Ablehnung der internationalen regelgebundenen Ordnung trägt der Iran eine Mitverantwortung für viele aktuelle Konflikte und Krisen in der Welt. Das Regime unterstützt den russischen Angriff auf die Ukraine mit Raketen und Drohnen. Es hat **Israel** direkt angegriffen und versucht, den Nahen Osten über die sogenannte Achse des Widerstands zu destabilisieren. Es verweigert die Kontrolle seiner Atomanlagen. Zugleich nimmt die Repression gegen Andersdenkende und vor allem gegen Frauen, die für ihre Rechte und Freiheit kämpfen, im Land zu. Sie werden dabei erbarmungslos verfolgt. **Wir unterstützen daher die internationalen***

Sanktionen gegen das Regime und fordern, die **Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste** zu setzen.

Nach der Überwindung der langjährigen Assad-Diktatur gibt es für die Syrerinnen und Syrer die Hoffnung auf einen friedlichen Neuanfang. Wir werden den politischen Übergang und die Perspektiven für einen Wiederaufbau des Landes unter syrischer Führung und in syrischer Verantwortung unterstützen. Von zentraler Bedeutung sind für uns dabei der Schutz und die Teilhabe der zahlreichen religiösen, ethnischen und konfessionellen Gruppen, die Wahrung von Menschenrechten, insbesondere Frauenrechten, der ungehinderte Zugang für humanitäre Hilfe und **Maßnahmen, die verhindern, dass Syrien als Basis für den Terrorismus genutzt wird** oder eine Bedrohung für seine Nachbarn darstellt.

CDU

Insgesamt 22 Treffer für „Israel“ bzw. „israelisch“, Link zum Wahlprogramm:
<https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>

Bereits in der Kurzfassung des Wahlprogramms betont die CDU auf S. 5: „**Israel** stehen wir bei seinem legitimen Kampf gegen den Terror zur Seite.“ Gleich zu Beginn der Langfassung (S.10) wird in einer Liste großartiger Erfolge der Bundesrepublik die „Aussöhnung mit **Israel**“ genannt.

Bereits im Dokument „Was die Wahlprogramme der Parteien zum Thema Antisemitismus sagen“ haben wir den Abschnitt „Nie wieder ist jetzt – kein Platz für Antisemitismus“ (S. 44) komplett abgedruckt, hier soll nur erwähnt werden, was das Land Israel betrifft. So ist es der CDU ein Anliegen, den „**Aufbau des Deutsch-Israelischen Jugendwerks zügig**“ voranzutreiben, damit jungen Menschen „ein aktuelles, reales Bild von **Israel** vermittelt werden“ kann. Ein **Bekenntnis zum Existenzrechts Israel soll Grundlage für staatliche finanzielle Förderung und die Einbürgerung** sein, eine **Leugnung des Existenzrechts Israels soll durch einen verschärften Volksverhetzungs-Paragrafen verboten** werden.

Im Kapitel „Ja zu Leitkultur und Zusammenhalt“ wird dies auf S. 54 als Voraussetzung für ein Gelingendes Miteinander in Deutschland erneut betont: „Wir verlangen ein eindeutiges Bekenntnis zu **Israel** und seinem Existenzrecht.“

Im Kapitel „Ja zu unserer Verantwortung in der Welt“ – Abschnitt „Deutschland als verlässlicher Partner in der Welt“ widmet die CDU Israel und dem Nahen Osten auf S. 47 den folgenden Abschnitt:

- **Unsere Freundschaft zu Israel ist unerschütterlich.** Deutschland trägt mit seiner Geschichte eine besondere Verantwortung für die Existenz und die Sicherheit Israels. **Die Sicherheit Israels ist und bleibt Teil der deutschen Staatsräson.** Aus dieser Überzeugung unterstützen wir selbstverständlich das **Recht Israels auf Selbstverteidigung gegen den Terror**, der **Israel** von verschiedenen Seiten bedroht. Es liegt in unserem Interesse, dass wir fest an der Seite der einzigen Demokratie im Nahen und Mittleren Osten stehen. Dazu wollen wir **Israel** auch **militärisch unterstützen** und noch **bestehende Exportblockaden beenden**.
- Ziel muss ein **nachhaltiger Frieden im Nahen Osten** sein. Deshalb unterstützen wir eine **Zweistaatenlösung**, die ein friedliches Zusammenleben von **Israelis** und Palästinensern ermöglicht. Zugleich setzen wir uns für eine **Erweiterung des Abraham-Abkommens** ein, das

wegweisend für eine Annäherung zwischen **Israel** und einer wachsenden Gruppe arabischer Staaten ist.

Auf S. 48, Abschnitt „Unser Einsatz in der Welt“ wird die anvisierte Iran-Politik beschrieben, die auch den Staat Israel potenziell betrifft:

- **Mehr Realismus und Härte in der Iran-Politik.** Der Iran ist nicht nur die größte Bedrohung des jüdischen und demokratischen Staates **Israel**, sondern einer der größten Gefährder des Weltfriedens. Das Atom-Abkommen mit Teheran ist gescheitert. Wir werden den Druck erhöhen, indem wir **Sanktionslücken umfassend schließen**, Menschenrechtsverteidiger und vor allem Frauen gezielt unterstützen und den gefährlichen **Einfluss des iranischen Regimes in Deutschland beenden**.

Auch im Forschungsbereich will die CDU die Beziehung zwischen Deutschland und Israel stärken. Wir zitieren aus dem Kapitel „Ja zu leistungsstarker beruflicher und akademischer Bildung“ – „Mit Exzellenz in die Zukunft gehen“ (S. 65/66):

- **Deutsch-israelische Forschungskoperationen stärken.** Wir setzen uns dafür ein, dass **Israel** als einer der führenden Forschungsstandorte weltweit noch stärker als bislang in die Forschungsaktivitäten der EU eingebunden wird. Wir wollen durch intensivere Formen der Kooperation mehr von **Israel** lernen.
- **Exzellente Forschung europäisch und weltweit fördern.** Wir erweitern das Weimarer Dreieck um eine Wissenschaftsplattform. **Forschungskoperationen** mit den USA, Kanada, dem Vereinigten Königreich und **Israel** bei Schlüsseltechnologien **bauen wir strategisch aus**, um Europa wettbewerbsfähiger zu machen.

CSU

Insgesamt 2 Treffer für „Israel“ bzw. „israelisch“, Link zum Wahlprogramm: https://www.csu.de/common/download/Bayern-Agenda_zur_Bundestagswahl2025.pdf

Das CSU-Wahlprogramm ist insgesamt sehr kurz. Im Kapitel „Für eine verteidigungsfähige Bundeswehr und eine starke Rolle Deutschlands“ findet sich zum Thema Israel auf S.14 dieser Abschnitt:

*Klares Bekenntnis zur Sicherheit **Israels**. **Israel** stehen wir bei seinem legitimen Kampf gegen den Terror zur Seite – auch mit Waffenlieferungen.*

Grüne

Insgesamt 11 Treffer für „Israel“ bzw. „israelisch“, Link zum Wahlprogramm: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250205_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf

Die Grünen beschreiben in ihrem Wahlprogramm in Kapitel „D. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung“, Abschnitt „Für eine aktive Außenpolitik“ ihre Vision für die deutsche Außenpolitik der Zukunft. Den Abschnitt über Israel (S.146/147) zitieren wir vollständig:

*Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem Holocaust auf sich geladen hat. **Das Existenzrecht Israels ist für uns unverhandelbar.** Daraus folgt das **Recht Israels, sich im Rahmen des Völkerrechts gegen Angriffe zu verteidigen.** Wir stehen ein für die Sicherheit von **Israelis** und Palästinenser*innen.*

*Die **anhaltende Bedrohung des Staates Israel** sowie die **Angriffe und den Terror gegen seine Bevölkerung verurteilen wir.** Dauerhafte Sicherheit für **Israelis** und Palästinenser*innen ist nur durch einen **politischen Prozess und eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967** möglich. Dafür setzen wir uns ein. Deswegen **verurteilen wir auch Siedlungsbau und Annexionspläne** der **israelischen** Regierung, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen verstoßen, sowie **Siedlergewalt.***

Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale ernst zu nehmen.

*Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt. **Das Leid in Gaza ist unerträglich. Zu viele Zivilist*innen haben ihr Leben verloren,** was auch Teil des zynischen Kalküls der Hamas war, deren Kämpfer sich unter den Zivilist*innen versteckt hatten. Der Bevölkerung fehlt es trotz intensiver Bemühungen von UN- und Hilfsorganisationen an fast allem, was es zum Leben braucht. Weite Teile von Gaza liegen in Trümmern.*

*Die Vereinbarungen zu einem Waffenstillstand sind eine Erleichterung, sie bieten eine Chance auf Verbesserung der humanitären Lage und müssen nun vollumfänglich umgesetzt werden, damit das Leid auf beiden Seiten endlich ein Ende finden kann. Auch im Libanon bietet sich nach Jahren der Krise ein Moment der Chance für Reformen und Veränderungen. Wir setzen uns weiter für die **konsequente Umsetzung von Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats und eine Stabilisierung des Libanon** ein. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.*

***Israel muss sich** und seine Bürger*innen gegen den Terror der Hamas sowie die Raketen des iranischen Regimes und seiner Stellvertreter in der Region **verteidigen können.** Doch das ist **kein Blankoscheck für Rüstungsexporte.** Bei jeder Entscheidung über Rüstungsexporte ist das humanitäre Völkerrecht zu beachten. Wenn dem Schutz der Zivilbevölkerung nicht genug Rechnung getragen ist, dürfen im Einzelfall solche Waffen nicht exportiert werden.*

Lesenswert sind auch die Pläne zu Syrien. Über den Iran wird auf S. 148 unter anderem geschrieben:

***Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land und destabilisiert die ganze Region,** unter anderem durch Stellvertreter wie Hisbollah, Hamas und die Huthis. Wir werden die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre Einhaltung streng überprüfen. Ziel unserer Sanktionspolitik ist es, den iranischen Machtapparat zu treffen, nicht die Menschen im Iran. Deswegen setzen wir uns weiter für*

die **rechtssichere Terrorlistung der Revolutionsgarden auf EU-Ebene** ein und unterstützen die iranische Zivilgesellschaft. Es braucht zudem weiter gemeinsame **diplomatische Anstrengungen**, um die Freilassung der politisch Gefangenen zu bewirken und die **nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern**. Dabei wollen wir die Lehren aus den Verhandlungen um die Wiener Nuklearvereinbarung mit Iran (JCPoA) ziehen.

FDP

Insgesamt 14 Treffer für „Israel“ bzw. „israelisch“, Link zum Wahlprogramm: https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf

Unter „II. Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger – b. Moderne und selbstständige Schulen – bessere Bildungschancen für alle – Moderne Lehrpläne und exzellente Lehrkräfte“ (S.8) will die FDP „die Thematisierung der Geschichte **Israels**“ in die Schulen bringen und „das **Deutsch-Israelische Jugendwerk** weiter vorantreiben, um den Jugendaustausch zu stärken.“

In der Einleitung zu Kapitel VII. Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit (S. 46) ordnet die FDP ein: „Der heimtückische Angriff der Hamas auf **Israel** hat den ungelösten Nahostkonflikt eskalieren lassen.“ Der Punkt „c. Deutschland und Israel“ (S.49/50) widmet sich ausführlicher der FDP-Sicht auf die deutsch-israelischen Beziehungen:

*Der hinterhältige Terrorangriff der Hamas auf **Israel** am 7. Oktober 2023 hat den Nahost-Konflikt neu entfacht, mit erheblichen Auswirkungen auf die gesamte Region und ihre Nachbar-Staaten. Deutschland muss aktiv dazu beitragen, dass die EU gemeinsam mit den USA und weiteren Partnern sowie allen relevanten Staaten der Region nach einer **langfristigen politischen Friedenslösung** für den Nahen Osten sucht.*

Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson

*Für uns Freie Demokraten ist klar: Die **Existenz und Sicherheit Israels** ist **deutsche Staatsräson** und ein **unverzichtbarer Pfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik**. Als Land der Täter trägt Deutschland eine herausragende historische Verantwortung für die Sicherheit des jüdischen Staates **Israel**. Wir müssen **Israel** alles zur Verfügung stellen, was es für sein **völkerrechtlich garantiertes Recht auf Selbstverteidigung** braucht. Wir sind überzeugt, dass **Rüstungsexporte ein legitimes Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik** sind. Denn sie dienen dazu, strategische Partnerschaften zu stärken und die Stabilität in geopolitisch wichtigen Regionen zu sichern. **Israel** muss daher **bei Rüstungsexporten mit den NATO-Staaten gleichgestellt** werden. Wir treten für ein verhandeltes **Zwei-Staaten-Modell** als geeignetste Lösung ein, um dauerhaft die Sicherheit **Israels** zu garantieren, das Leiden der Menschen auf allen Seiten zu beenden und die **Schaffung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staates Palästina** zu ermöglichen.*

Auf S.25 und S.50 unterstreicht die FDP gleichlautend:

*Es dürfen zudem keine staatlichen Gelder für Organisation und Projekte ausgegeben werden, die das Existenzrecht **Israels** in Frage stellen.*

AFD

Insgesamt 2 Treffer für „Israel“ bzw. „israelisch“, Link zum Wahlprogramm: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf

Im Kapitel „Innere Sicherheit“ erklärt die AFD auf S. 123 im Abschnitt „Einer weiteren Ausbreitung des Islam treten wir entgegen“:

*Die Al-Quds-Tage in Berlin, wo Demonstranten die Zerstörung **Israels** fordern, sind dauerhaft zu verbieten.*

Es erschließt sich auch aus dem Zusammenhang nicht, ob Infragestellung des Existenzrechts Israels generell oder nur diese Art Demonstrationen kritisch gesehen werden.

Im Kapitel „Äußere Sicherheit“ wird auf S. 92 für den gesamten Nahen Osten knapp beschrieben – ohne, dass Israel spezifisch erwähnt wird:

*Der Weg zum Frieden im Nahen Osten führt nicht über Terror, Krieg oder internationale Einmischung, sondern über vertrauensbildende Maßnahmen. Ziel ist ein **gerechter Frieden**, der auf Völkerrecht, Gleichberechtigung und **gegenseitiger Anerkennung** beruht.*

Unsere primären Interessen sind die Verhinderung neuer Massenmigration und eines kriegerischen Flächenbrands im Nahen Osten.

Linke

Insgesamt 7 Treffer für „Israel“ bzw. „israelisch“, Link zum Wahlprogramm: https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf

Einen Einblick in ihre Bewertung der Geschehnisse seit dem 7. Oktober 2023 und in ihre Forderungen bezüglich einer friedlicheren Zukunft im Nahen Osten gibt die Linke ab S. 22:

*Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: **Niemals darf ein Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen herangezogen werden. Der Tod von Zehntausenden Zivilisten, darunter vieler Kinder, die Zerstörung eines Großteils der Infrastruktur und das Aushungern der Bevölkerung haben nichts mit legitimer Selbstverteidigung zu tun. Das Unrecht der Besatzung der palästinensischen Gebiete ist niemals eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas – und genauso rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen Armee in Gaza und im Libanon. Wir verurteilen das völkerrechtswidrige Vorgehen in Syrien. Wir unterstützen die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten des Nahostkonflikts zur Verantwortung zu ziehen. Die Linke setzt sich für die Umsetzung der Forderungen des Rechtsgutachtens des internationalen Gerichtshofs zur israelischen Besatzungspolitik ein und fordert ein Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus. Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in **Israel** und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.***

Konkret werden auf S. 23 die folgenden Schritte eingefordert:

- Wir fordern diplomatischen Initiativen, die auf einen **sofortigen Waffenstillstand** und einen **nachhaltigen Friedensprozess** in **Israel** und Palästina drängen. Wir fordern eine **Beendigung der deutschen Waffenexporte nach Israel**, die **Anerkennung Palästinas als eigener Staat in den Grenzen von 1967** und politischen **Druck der Bundesregierung auf die Staaten der Region, Israel als Staat anzuerkennen**.
- Deutschland muss die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) zur juristischen Aufarbeitung und Verfolgung der Verbrechen im Kontext des Nahostkriegs seinen Verpflichtungen als Vertragspartner gemäß unterstützen. Die **Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, den Ex-Verteidigungsminister Yoav Gallant sowie gegen Führungsmitglieder der Hamas müssen anerkannt und umgesetzt werden**.

BSW

Insgesamt 10 Treffer für „Israel“ bzw. „israelisch“, Link zum Wahlprogramm: <https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Wahlprogramm%202025.pdf>

Auf den Seiten 7 und 8 beschreibt das BSW seine Sicht der Lage und möglicher Stellschrauben im Nahen Osten, Fettdruck von uns:

Frieden im Nahen Osten

Auch der Nahe Osten ist ein Pulverfass, weil alle großen Mächte in der Region Interessen, Einfluss und Verbündete haben und ihre Konflikte auf dem Rücken der dortigen Bevölkerung austragen.

*Wir verurteilen den Großangriff der Hamas und anderer am 7. Oktober 2023 auf **Israel** unmissverständlich. Er rechtfertigt aber nicht den **rücksichtslosen Rache- und Vernichtungsfeldzug der Regierung Netanjahu gegen Frauen und Kinder** im Gazastreifen. Die in Gaza, im Westjordanland wie auch im Libanon verübten **Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung** empören die Welt zu Recht. Ungeachtet der vor dem Internationalen Gerichtshof verhandelten Genozid-Vorwürfe gegen **Israel** als Folge der **israelischen** Kriegsführung im Gazastreifen gilt im politischen Berlin auch weiterhin das Wort von der „Staatsräson“ in Sachen **Israel**. Gemeint ist der unkritische Schulterschluss mit der ultrarechten Regierung Netanjahu. Die vom Bundestag im November 2024 verabschiedete **Antisemitismus-Resolution verengt den innenpolitischen Debattenraum**, indem sie **Kritik an Israel weitgehend mit Antisemitismus gleichsetzt**. Das BSW unterscheidet zwischen dem selbstverständlichen Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und einer sachlich gebotenen Kritik an **israelischen** Regierungspositionen. Die USA und Deutschland gehören zu den wenigen Staaten, die den **israelischen** Premier Netanjahu bis heute unterstützen und ihm die Waffen für seinen entsetzlichen Krieg liefern.*

*Wir fordern einen **sofortigen Stopp der Waffenlieferungen an Israel**. [...]*

*Auch der Nahe Osten kann nur befriedet werden, wenn den Interessen aller Seiten Rechnung getragen wird, wenn **verhandelt** wird, **statt zu schießen**. Islamistischen Terror kann man nicht mit Terror besiegen. **Das Vorgehen Israels schürt überall in der arabischen Welt Hass**. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auf diesem Nährboden die nächste Generation von Führungskräften der Hamas herangewachsen ist. Die Spirale der Gewalt kann nur durchbrochen werden, wenn auch den Interessen der Palästinenser endlich Rechnung getragen wird.*

*Wir fordern einen **sofortigen Waffenstillstand** und ernsthafte **Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung** zwischen **Israel** und den Palästinensern.*